

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Carl W. W. ...
Herausgeber: Dr. Carl W. W. ...

Redaktion: ...
Druck: ...

Druck: ...

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Das Kabinett beschließt Mittelstandshilfe

30 Millionen für Kreditinstitute - Krankenscheingebühr: 25 Pf.

Neue Staatssekretäre

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 21. Febr. Das Reichskabinett hielt am Dienstagmorgen eine Sitzung ab, in der verschiedene wichtige Beschlüsse gefasst wurden.

Die Krankenscheingebühr wird zunächst von 50 auf 25 Pfennig ermäßigt. Darüber hinaus wurde mit Einstimmigkeit beschlossen, die Krankenscheingebühr überhaupt zu beseitigen.

Um diese völlige Beseitigung zu erreichen, ist aber eine grundlegende Reorganisation des gesamten Krankenkassenwesens notwendig, wobei besonders eine wesentliche Ermäßigung der Verwaltungskosten erreicht werden muß. Das ganze Finanzwesen der Krankenkassen, in denen, wie man weiß, die SPD. einen großen Teil ihrer Anhänger untergebracht hat, soll einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden. Da dazu eine wesentliche Kündelung der Aufsicht über die Krankenkassen notwendig ist, wird das Kabinett alsbald die gesetzlich erforderlichen Voraussetzungen hierfür schaffen. Des Weiteren hat das Kabinett die

Bereitstellung von 30 Millionen RM. für die Gewährung von Zuschüssen an mittelständische Kreditinstitute beschlossen. Ein dem Kabinett vorkommender Antrag auf Bereitstellung von 8 Millionen RM. für Gewährung von Zuschüssen und Beihilfen an die Konsumgenossenschaften wurde abgelehnt. Beschlungen wurde auch die Weiterzahlung von Beihilfen an den Metallergbergbau an Steig und Vahn. Sodann beschloß sich das Kabinett noch mit einigen Personalfragen. So wurde der Haushalt für den Reichskommissar für die Luftfahrt genehmigt und die Entsendung eines

Reichskommissars für den gewerblichen Mittelstand beim Reichswirtschaftsministerium beschlossen. Den Posten dieses Reichskommissars wird der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wienbeck erhalten. Dr. Wienbeck steht im 57. Lebensjahre und war i. S. Syndikus der Handwerkskammer in Hannover, welches Amt er seit dem Jahre 1908 innehatte. Weiter wurde beschlossen, den bisherigen Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Dr. Krohn, zur Ernennung zum Staatssekretär

beim Arbeitsministerium vorzuschlagen. Sowohl die Ernennung Dr. Wienbecks als auch Dr. Krohns wird der Reichspräsident v. Hindenburg morgen vorsehen. Nach der Erledigung dieser personalpolitischen Angelegenheiten beschloß sich das Kabinett noch mit der Prüfung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand sowie mit den Beschlüssen der leitenden Ausschüsse über subventionierter Unternehmungen. Am Mittwochvormittag wird das Reichskabinett seine Beratungen fortsetzen und sich im wesentlichen mit der Lage der Reichsfinanzen befassen.

Bei der Fülle des Arbeitsstoffes hat sich die Reichsregierung in der Dienstagsitzung noch nicht mit der Ausdehnung der Instandsetzungsausschüsse beschäftigen können. Es ist aber anzunehmen, daß die Bemühungen der Reichsregierung auch hier in den nächsten Tagen vorwärtkommen, und zwar handelt es sich dabei darum, daß die Zuschüsse auch auf landwirtschaftliche Betriebe ausgedehnt werden. Wenn dafür 20 Millionen zur Verfügung gestellt werden, so würde das, da 80% der Reparaturkosten von den Eigentümern zu tragen sind, eine weitere Arbeitsbeschaffung für 100 Millionen RM. bedeuten. Schließlich muß in dieser Aufzählung der nächsten Maßnahmen, die Erleichterung, Arbeit und Brot schaffen wollen, noch auf die beachtliche

Senkung der Kraftfahrzeugsteuer um rund 40% und auf den Plan hingewiesen werden, die Stadtrandflüchtlinge energisch vorwärts zu bringen, die vielen städtischen Arbeiter wieder eine Existenzgrundlage bringen soll. Jedenfalls zeigen die gegenwärtigen Maßnahmen des Reichskabinetts, daß die Hilfsmassnahmen für die notleidenden Teile der Bevölkerung trotz des Wahlkampfes entschieden in Angriff genommen und vorangebracht werden.

Die Dsthilfe
Der Reichskommissar für die Dsthilfe hat sich jetzt bereit erklärt, zur weiteren Verminderung der Verluste der mit der städtischen Landwirtschaft verflochtenen, nicht genossenschaftlich organisierten gewerblichen Gläubiger, insbesondere der Händler und Danwerker, bei der Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe im Dsthilfegebiet den Betrag von 15 Millionen RM. - verteilt auf 5 Rechnungsjahre - zur Verfügung zu stellen.

Erledigung der Birtenberger Waffenaffäre
Keine Verletzung der Friedensverträge

Wien, 21. Febr. Wie die „Neue Freie Presse“ mitteilt, ist in einer Besprechung zwischen dem Bundeskanzler und dem englischen und dem französischen Gesandten über die Birtenberger Angelegenheit von englischer Seite die Auffassung vertreten worden, daß der Standpunkt der österreichischen Regierung, es sei keine Verletzung der Friedensverträge vorgekommen, als richtig anerkannt werden muß. Der französische Gesandte hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die österreichische Antwortnote in einem ebenso freundschaftlichen Sinne gehalten sei wie der französisch-englische Schritt freundschaftlich gemeint war.

Der Ministerrat ist daraufhin, dem Blatt zufolge, zu dem Ergebnis gekommen, daß es unter diesen Umständen nicht mehr notwendig sei, eine offizielle Antwort an England und Frankreich zu erteilen. Die Birtenberger Waffenangelegenheit dürfte damit erledigt sein. Die Kontrolle über die Ausfuhr der reparierten Waffen wird von der österreichischen Regierung vorgenommen werden, ohne daß eine fremde Macht das Recht der Überwachung erhalte.

Die Waffen werden nach Italien zurückgeschickt
London, 21. Febr. Der Londoner italienische Botschafter, Grandi, hat dem Außenminister Simon im Zusammenhang mit der Birtenberger Waffenangelegenheit einen Besuch abgestattet. Grandi hat Simon mitgeteilt, daß die italienische Regierung bereit sei, einer sobald als möglich nach Erfüllung des Vertrages erfolgenden Zurücksendung der fraglichen Waffen, die zur Instandsetzung nach Oesterreich geschickt worden seien, nach Italien zuzustimmen. Grandi teilte ferner mit, daß ein Teil der Waffen bereits nach Italien zurückgeschickt worden sei.

Finanzhilfe für Oesterreich?
Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 21. Febr. In Ergänzung unserer Mitteilungen über eine deutsche Dsthilfeleistung für Oesterreich erfahren wir von unrichtiger Seite noch, daß schon in den nächsten Tagen eine Kommission aus Wien einreisen wird, um mit den dafür zuständigen Stellen der

Reichsregierung Verhandlungen zu führen. Im Augenblick liegen über die Zusammenlegung dieser Kommission noch keine näheren Mitteilungen vor.

Berliner Schulfwesen wird gesäubert
Berlin, 21. Febr. Wie der Amtliche Preussische Presse- dienst mitteilt, sind der Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums Berlin, König, sowie die beiden Abteilungsdirektoren Dr. Israel und Kommerow mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Mit der Leitung der beiden Abteilungen wurden der Oberschulrat Dr. Möller und der Regierungsabteilungsleiter Dr. Hassenstein beauftragt. Ferner hat das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung nach Besuchen mit dem Berliner Oberbürgermeister die Umorganisation der Carl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln und die Beurlaubung des Oberstudienrats Dr. Karsten von seinen Dienstgeschäften angeordnet. Gleichzeitig ist die Entsendung des Herrn Dr. Karsten an der Universität erteilten Beauftragtes für ausländisches Schulfwesen in die Wege geleitet worden.

Kotters Gläubiger gehen leer aus
Berlin, 21. Februar. Vor dem Amtsgericht Charlottenburg fand am Dienstag eine Gläubigerversammlung in dem Konkursverfahren gegen die Gebrüder Alfred und Fritz Kottler statt. Der Konkursverwalter erklärte, daß eine endgültige Konkursbilanz noch nicht aufgestellt werden könne, da sich die Bücher des Konkursverfahrens noch bei der Staatsanwaltschaft befänden. Schätzungsweise könne man aber sagen, daß

Pfaffen von 3000 000 RM. in nur ganz geringem Umfange gegenüberstünden, so daß man jetzt schon sagen könne, daß sowohl die bevorrechtigten, wie die nichtbevorrechtigten Gläubiger leer ausgehen. Eine Quote könne nicht ausgeschüttet werden. Allenfalls könnten die Kosten des Konkurs und die Massekosten durch die Pfaffen gedeckt werden.

Radolny wieder in Genf. Botschafter Radolny ist am Dienstagmorgen in Begleitung von Generalmajor Schönberg aus Berlin wieder in Genf eingetroffen.

Nationale Sozialpolitik

Unter den riesigen Aufgaben der Regierung der nationalen Konzentration steht die Lösung der sozialen Frage im Vordergrund. Denn gerade in dieser Frage hat die Sozialdemokratie in den 14 Jahren ihrer Herrschaft am furchtbarsten versagt. Gewiß, sie hat ungeheure Summen für eine Sozialpolitik, wie sie das mechanische Denken des Marxismus versteht, ausgegeben. Sie hat beispielsweise die sozialen Aufgaben, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu leisten haben, gegenüber der Vorkriegszeit verzwanzigfacht. Gleichwohl aber hat sie durch die Tributpolitik und die Aufnahme riesiger Auslandsschulden nach außen und durch eine wirtschaftsfeindliche Steuerpolitik sowie durch kollektivistische Experimente, kostspielige Sozialversicherungsverluste und Förderung des Klassenkampfes die Wirtschaft in eine furchtbare Krise hineingesteuert und die sozialen Einrichtungen selbst ihrer finanziellen Notwendigkeit völlig beraubt. Sechs Millionen Erwerbslose sind die Opfer einer solchen Sozialpolitik im marxistischen Sinne. Dazu kommt das Heer der Rentempfänger, deren Zahl durch Beiträge wohlverdienender Ansparter schon unter Brünning, dem Liquidator des Vorkrieges, auf das Schreckliche gestiegen waren. Daraus ergibt sich die zwangsläufige Erkenntnis, daß Sozialpolitik nur gedeihen kann, solange Staat und Wirtschaft gesund und leistungsfähig bleiben. In dem Augenblick, in dem der Marxismus und sein bürgerlicher Trabant, das Zentrum, die Wirtschaft zu verstaatlichen und den Staat zu verwirtschaften begannen, haben sie die Grundlagen der von Bismarck begründeten Sozialpolitik zerstört.

Ja, man kann den Marxismus nicht von dem Vorwurf freisprechen, daß er die Zerstörung der deutschen Sozialpolitik bewußt betrieben hat. Denn Sozialpolitik hat zunächst die Aufgabe, denjenigen Staatsbürger, der nicht als seine Arbeitskraft besitzt, in Fällen der Not, der Krankheit, der Invalidität und des Alters zu schützen. Die sozialdemokratischen Sozialpolitiker jedoch haben die Sozialpolitik genau so wie die Steuerpolitik als ein Mittel betrachtet, die Wirtschaft zu ruinieren, um auf dem allgemeinen Zusammenbruch den sozialistischen Zukunftsstaat zu errichten. Sie haben damit nichts weiter getan, als die Lehre von Karl Marx befolgt, der ja, ebenso wie die Vorkriegssozialdemokratie, jeder Sozialpolitik, ja jeder Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft feindlich gegenüberstand, weil er aus der Verehrung und Proletarisierung immer weiterer Schichten den Sieg des Sozialismus erhoffte. Noch auf dem Kieler Parteitag der Sozialdemokratie von 1927 erklärte der Theoretiker des Marxismus, Professor Deymann (Hamburg), offen: „Sozialpolitik ist Sozialisierung von unten, die allmählich in das Herz der Eigentumsfrage vordringt.“ Das heißt mit anderen Worten: Marxistische Sozialpolitik ist Durchführung der marxistischen Entelungspläne. Wiederum zeigt sich, daß die Sozialdemokratie niemals ernstlich die Zufriedenheit der Arbeiter und den Wirtschaftsfrieden zum Ziel hatte, sondern die Zerstörung des Bestehenden, selbst auf die Gefahr noch größerer Verelendung der breiten Massen. Denn je mehr die Not wächst, je größer die Unzufriedenheit wird, je stärker die sozialen Spannungen werden, um so mehr Aussicht bestand nach der Lehre seines Begründers für den Marxismus, die alleinige Macht zu übernehmen. Wer aber für die eigentliche Aufgabe der Sozialpolitik eintritt, den versucht ausgerechnet die Sozialdemokratie bei den Massen als „Sozialreaktionär“ zu diffamieren. Aber gerade weil der Marxismus ein Lebensinteresse daran hat, die soziale Frage nicht zu lösen, und weil er sich damit nicht nur an der Wirtschaft, sondern vor allem auch am deutschen Arbeiter und Angestellten auf das schwerste veründigt hat, ist es geradezu oberste Notwendigkeit für die Regierung der nationalen Konzentration, die Sünden der nachrevolutionären Entwicklung auszugleichen und die Probleme der sozialen Fragen ihrer Lösung entgegenzubringen. Reichskanzler Adolf Hitler hat erklärt, daß das nationale Ziel die Vernichtung des Marxismus sei, und es besteht kein Zweifel, daß mit der Lösung der sozialen Frage dieses Ziel im wesentlichen erreicht werden kann. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich aus dem nationalen Gedanken von selbst, der Sozialpolitik aus dem im Bewußtsein völkischer Verbundenheit erwachsenen Pflichtgefühl für das Gedeihen aller Volksgenossen zur Pflicht macht.

Aus diesem Grunde haben gerade der Wirtschaftsminister Dr. Eugenberg und sein Staatssekretär Dr. Bang, die bezeichnenderweise am meisten von der Linken und vom Zentrum bescholten werden, betont, daß sie es als ihre Hauptaufgabe betrachten, an einen großen weltgeschichtlichen Akt wirklich heranzutreten, um dem schon

20. 2.	158.0	0
172.0	0	0
43.0	0	0
11.0	0	0
84.3	0	0
27.0	0	0
34.1	0	0
38.3	0	0
25.0	0	0
74.0	0	0
41.0	0	0
35.0	0	0
1.0	0	0
100.0	0	0
21.0	0	0
9.0	0	0
51.0	0	0
33.0	0	0
13.5	0	0
54.0	0	0
81.5	0	0
10.25	0	0
2.0	0	0
153.0	0	0
122.75	0	0
35.0	0	0
10.5	0	0
77.5	0	0
81.25	0	0
60.0	0	0
57.0	0	0
35.0	0	0
45.0	0	0
95.5	0	0
106.0	0	0
135.0	0	0
52.25	0	0
75.0	0	0
35.0	0	0
71.75	0	0
61.5	0	0
95.0	0	0
154.0	0	0
128.0	0	0
85.0	0	0
36.0	0	0
102.0	0	0
21. 2	20. 2	
90.875	90.75	
108.75	108.25	
138.25	138.0	
36.5	36.5	
16.5	16.5	
23.5	23.0	
20.0	20.0	
128.0	128.0	
35.375	35.125	
38.0	38.0	
28.0	28.375	
44.0	44.0	
57.75	57.75	
75.25	75.5	
116.75	117.0	
48.0	48.0	
64.5	64.5	
33.0	33.0	
3.0	3.0	
48.75	48.5	
38.0	38.5	
121.0	121.25	
15.25	15.25	
33.5	33.5	
38.0	38.5	
22.0	22.0	
14.1	14.32	
16.5	16.32	
12.0	12.32	
12.7	12.32	
1.7	1.32	
10.3	10.33	
10.4	10.33	
9.1	9.33	
1.9	1.33	
24.8	24.33	
20.30	20.33	
4.4	4.33	
4.3	4.33	
22.1	22.33	
24.1	24.33	
17.10	17.33	
25.1	25.33	
24.8	24.33	
109.5	109.5	
88.25	88.25	
101.87	101.87	
140.0	140.0	
61.0	61.0	
58.5	58.5	
107.0	107.0	
37.0	37.0	
37.75	37.75	
28.0	28.0	
118.25	118.25	
90.0	90.0	